

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

Deutschland braucht das starke Bayern

Migration - Leitkultur - Integration

Leitantrag für den CSU-Parteitag

am 20./21. November 2015 in München

Leitantrag für den CSU-Parteitag am 20./21. November 2015 in München

Deutschland braucht das starke Bayern

Migration - Leitkultur - Integration

Deutschland hat mit der **Flüchtlingskrise** die **größte Herausforderung** seit vielen Jahrzehnten. Der riesige Zustrom an Flüchtlingen aus aller Welt hat unser Land an die Grenze seiner Möglichkeiten gebracht.

Bayern trägt die Hauptlast der Flüchtlingskrise. Die Menschen, die täglich zu Tausenden nach Deutschland streben, kommen an den Grenzen in Bayern an. In Bayern werden die Erstaufnahme und die Weiterverteilung innerhalb Deutschlands organisiert. **Kein anderes Land trägt solche Lasten in der Flüchtlingskrise wie Bayern.**

Bayern gibt eine **glänzende Visitenkarte der Humanität** für ganz Deutschland ab. Bayern ist aber auch das Land, das für ganz Deutschland die richtigen **Lösungen zur Bewältigung** der Flüchtlingskrise vorlegt. Die CSU ist die politische Kraft in Deutschland, die schlüssige Konzepte zur dringend notwendigen **Begrenzung des Flüchtlingszustroms** und zur **gelingenden Integration** Schutzbedürftiger auf Grundlage der **deutschen Leitwerte** erarbeitet.

In schwierigen Zeiten zeigt sich einmal mehr: **Deutschland braucht das starke Bayern.**

Migration

Wir können nicht alle aufnehmen, die zu uns wollen.

Weltweit sind heute 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Kein Land auf der Welt nimmt unbegrenzt Flüchtlinge auf. Auch Deutschland als eines der wirtschaftlich leistungsfähigsten Länder der Welt hat eine Belastungsgrenze. Deutschland muss jetzt ein Signal aussenden, dass unsere Kapazitätsgrenzen bereits erreicht sind. Wer allen helfen will, kann am Ende niemandem mehr helfen.

Es kann kein Bleiberecht für alle geben.

Bei der Zuwanderung muss es klare Regeln geben. Der Staat muss die Entscheidungshoheit darüber behalten, wer nach Deutschland einreisen darf. Nicht jeder, der hier ankommt, darf bleiben. Es muss unterschieden werden zwischen jenen, die unseren Schutz brauchen und jenen, die aus rein wirtschaftlichen Gründen zu uns kommen, also keinen Schutz verdienen oder bereits woanders Schutz gefunden hatten. Schutz findet bei uns, wer verfolgt ist, aber nicht, wer auf der Suche nach einer besseren Bleibe ist. Nur mit dieser Differenzierung können effektive Hilfe und Integration gelingen.

Bayern zeigt in der Flüchtlingskrise Humanität und Hilfsbereitschaft.

Unser Land leistet Großes - jeder an seiner Stelle, seien es die Mitglieder der Hilfsorganisationen, Beamte, Polizisten, die vielen ehrenamtlichen oder freiwilligen Helfer. Sie alle zusammen leisten Großartiges. Auch Flüchtlinge, die entgegen den europäischen Regelungen in unser Land gekommen sind, werden bei uns human versorgt. Es ist aber unsere Verantwortung gegenüber der einheimischen Bevölkerung, eine Überlastung von Staat und Solidargemeinschaft zu verhindern.

Nur wenn Recht und Ordnung in Europa wieder gelten, wird die Flüchtlingskrise zu meistern sein.

Die gegenwärtige Extremsituation in der Flüchtlingskrise ist eine Folge des Zustands der Rechtlosigkeit. Dass sich jeden Tag viele Tausende über verschiedene Routen auf den Weg machen und nach Deutschland durchgewinkt werden, ist nur möglich, weil die Regeln von Schengen und Dublin ignoriert werden. Alle Staaten in Europa – auch Deutschland – müssen diesen Zustand der Rechtlosigkeit beenden und die gemeinsamen europäischen Regeln wieder beachten. Dublin muss wieder vollständig in Kraft gesetzt werden, damit Asylsuchende, die über sichere Drittstaaten kommen, zurückgeschickt werden können. Schengen muss wieder vollständig in Kraft gesetzt werden, damit Personen ohne Bleiberecht bereits an den Außengrenzen des Schengen-Raumes zurückgewiesen werden können. Nur wenn die Außengrenzen dauerhaft effektiv gesichert werden, sind Personenkontrollen an den Binnengrenzen verzichtbar.

Wir brauchen eine Obergrenze.

Deutschland kann die Flüchtlingsströme der Welt nicht alleine schultern. Die Staatengemeinschaft muss gemeinschaftlich Kontingente festlegen und Flüchtlinge fair verteilen. In der EU muss es feste Flüchtlingskontingente und feste Quoten der Verteilung geben. Für dieses Jahr hat Deutschland sein Soll mehr als erfüllt. Wir sind in Vorleistung

getreten. Deshalb soll Deutschland für nächstes Jahr ein Kontingent für Bürgerkriegsflüchtlinge entsprechend seiner leistbaren Kapazitäten festlegen. Wir fordern vor allem auch arabische Staaten auf, sich ihrer Verantwortung nicht länger zu entziehen, sowohl was die Flüchtlingsaufnahme wie die finanzielle Unterstützung betrifft. Ferner sollten auch die USA ihr Engagement weiter verstärken und ihre Aufnahmebereitschaft erhöhen.

Jeder Staat hat das Recht, seine Grenzen zu schützen.

Es war unerlässlich, dass auf Druck Bayerns wieder Grenzkontrollen eingeführt wurden. Bis zur Bewältigung der Flüchtlingskrise muss es bei den Grenzkontrollen bleiben. Auch der Schutz der grünen Grenze muss gewährleistet werden. Wir müssen uns umgehend wieder Klarheit verschaffen, wer in unser Land kommt, wer durch unser Land fährt und wer sich hier aufhält. Es müssen wieder die Regeln des Rechts zur Geltung kommen, die leider seit vielen Wochen nicht mehr eingehalten werden. Es kann nicht sein, dass viele Tausende unkontrolliert zu uns ins Land kommen. Unregistrierte Migranten müssen schnell und lückenlos nacherfasst werden; wer keinen Schutzgrund hat, muss abgeschoben werden. Illegale Einreise muss ein Straftatbestand bleiben.

In Zukunft soll möglichst schnell entschieden werden, ob ein Bleiberecht besteht.

Es ist falsch, erst alle im Land zu verteilen, um dann zu prüfen, wer bleiben darf. Richtig ist es, Anträge von Personen ohne Bleibeperspektive im Schnellverfahren zu bearbeiten. Deshalb müssen die Besonderen Aufnahmezentren nach bayerischem Vorbild bundesweit zügig eingesetzt werden, um zu entscheiden, zurückzuführen und abzuschieben.

Ablehnung heißt Ausreise oder Abschiebung.

Ausreisepflichtige Asylbewerber müssen konsequent und kompromisslos abgeschoben werden. Bayern hat bereits Maßnahmen für eine effektivere Ausreise- und Abschiebepaxis ergriffen und zeigt mit wöchentlichen Sammelabschiebungen, wie es geht. Die anderen Länder müssen beschlossene Gesetze auch umsetzen und dem bayerischen Kurs folgen. Dies bedeutet: Leistungskürzungen für abgelehnte Asylbewerber, unangekündigte Abschiebungen und keine Winterabschiebestopps.

Der Familiennachzug muss ausgesetzt werden.

Die Überforderung Deutschlands würde durch einen unbegrenzten Familiennachzug noch weiter erhöht, unabsehbare Zusatzbelastungen kämen auf uns zu. Der Familiennachzug zu Flüchtlingen muss in größtmöglichem Umfang ausgesetzt werden. Wo das nach EU-Recht nicht möglich ist, muss er konsequent auf das Mindestmaß begrenzt werden. Für subsidiär

Schutzberechtigte soll es keinen Familiennachzug mehr geben. Dazu gehört auch, dass zwischen dem Schutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention und subsidiärem Schutz unterschieden wird. Es ist nicht das Gleiche, ob jemand direkt um Leib und Leben fürchten muss, oder sich aus nicht umkämpften Gebieten oder sicheren Flüchtlingscamps auf den Weg zu uns gemacht hat. Wenn keine individuellen Verfolgungsgründe vorliegen, darf es im Regelfall nur noch subsidiären Schutz geben. Von Deutschland darf nicht das Signal ausgehen, dass jeder zu uns kommen kann, dass alle auf Dauer bleiben können und dass alle ihre Familienangehörigen nachholen können.

Kriegsflüchtlinge und Bürgerkriegsflüchtlinge sollen zurückkehren, wenn in ihrer Heimat wieder Frieden herrscht.

Viele der Flüchtlinge werden zum Wiederaufbau des eigenen Landes gebraucht. Es ist nicht moralisch, wenn ein modernes Industrieland seinen Arbeitskräftebedarf zulasten weniger entwickelter Staaten stillt. Es gehört zu unserer Verantwortung darauf hinzuwirken, dass in den Konflikt- und Bürgerkriegsgebieten für die Menschen wieder eine Heimat entstehen kann.

Neue Flüchtlingsströme müssen durch Bekämpfung der Fluchtursachen verhindert werden.

Die deutsche Entwicklungspolitik leistet bereits viel zur Bekämpfung von Fluchtursachen und zur Stabilisierung vor Ort. Vor allem durch den Aufbau von Infrastruktur schafft die deutsche Entwicklungszusammenarbeit dort Perspektiven. Wir wollen bestehende Flüchtlingscamps und Aufnahme-Kommunen in den Herkunfts- und Nachbarländern noch stärker als bisher unterstützen, um die Lebensbedingungen und den Schutz der Menschen und Flüchtlinge dort weiter zu verbessern. Mit den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln kann man vor Ort deutlich mehr bewirken als unser Gemeinwesen bei der Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland je leisten könnte. Künftigen Flüchtlingsströmen muss durch eine aktive deutsche Außenpolitik und ein koordiniertes Vorgehen der Staatengemeinschaft begegnet werden.

Die europäische Staatengemeinschaft muss zusammenhalten.

Europa muss zusammenhalten, Europa kann die Krise nur im Geiste der Gemeinschaft und gemeinsam meistern. Europa darf sich nicht entzweien lassen und Deutschland darf keinen Sonderweg gehen. Zur Idee Europas gehört auch, dass die Großen nicht allein den Kurs bestimmen, sondern auch auf die kleinen Länder hören und sie als Teil der Gemeinschaft begreifen. Wir brauchen an der Außengrenze einen konsequenteren Schutz und im Inneren mehr Solidarität. Europa braucht einen Sonderkoordinator für Flüchtlingsfragen und ein

europäisches Flüchtlingshilfswerk, das in Europa und der Welt Flüchtlingen schnell und direkt Hilfe zukommen lassen kann.

Es bleibt dabei: Kein EU-Beitritt der Türkei.

Gespräche mit der Türkei sind wichtig. Die Türkei hat eine Schlüsselfunktion, um den Flüchtlingszustrom über die Balkanroute zu reduzieren. Keinesfalls dürfen wir uns dabei in die Abhängigkeit von Ankara begeben. Der jüngste Fortschrittsbericht der EU weist vor allem bei den Themen Rechtstaatlichkeit und Menschenrechte so große Defizite und Rückschritte auf, dass dies nicht ohne Auswirkungen auf den Fortgang der Verhandlungen bleiben darf. Es kann nicht sein, dass am Ende der Flüchtlingskrise der EU-Beitritt der Türkei steht. Unsere Position bleibt: Wir wollen für die Türkei eine Privilegierte Partnerschaft mit der EU.

Leitkultur

Wer bei uns bleiben will, muss die deutsche Leitkultur anerkennen und leben.

Die deutsche Leitkultur ist mehr als das Grundgesetz.

Zur deutschen Leitkultur gehören die christlich-jüdisch-abendländische Tradition, unsere gelebten Werte, die deutsche Sprache, unsere Geschichte und Kultur. Das Einhalten von Recht und Gesetz ist eine Selbstverständlichkeit, eine echte Gemeinschaft braucht aber mehr. Wer zu uns kommt, kommt in ein funktionierendes Land. Wenn ein Flüchtling hier – auch nur vorübergehend - bleiben will, muss er sich in unser gesellschaftliches Miteinander einfügen und unsere Regeln des Zusammenlebens, das heißt die deutsche Leitkultur achten.

Bayern ist ein christlich geprägtes Land und wird ein christlich geprägtes Land bleiben.

Wer zu uns kommt, kommt in ein Land mit christlichen Werten, Traditionen und Bräuchen. Christliche Feiertage bestimmen hier den Kalender, christliche Kirchen prägen unsere Orte und in den christlichen Traditionen wurzelt unser Brauchtum. Zu unseren christlichen Werten gehört Toleranz gegenüber anderen Religionen und deren Ausübung. Im Gegenzug verlangen wir Respekt vor der christlichen Prägung unseres Landes.

Multikulti ist gescheitert.

Eine plurale, weltoffene Gesellschaft ist wertgebunden und nicht beliebig. Wir haben in Bayern Multikulti nie eine Chance gelassen: Vielfalt ja, Multikulti nein. Deshalb gelingt Integration bei uns. Anderswo haben linke Ideologen auf Multikulti gesetzt –

Parallelgesellschaften, No-Go-Areas und Ghettoisierung sind dort die Folge. Wir haben als erstes konsequent das Erlernen der deutschen Sprache eingefordert. Dafür hat uns Rot-Grün Zwangs-Germanisierung vorgeworfen. Heute bezweifelt niemand mehr, dass Sprache der Schlüssel zur Integration ist. Wir haben Recht behalten.

In Deutschland gilt das Grundgesetz und nicht die Scharia.

Bei uns gilt die Trennung von Staat und Kirche. Bei uns ist kein Platz für religiösen Fundamentalismus oder Fanatismus. Wer zu uns kommt, muss akzeptieren, dass es keine Zwangsverheiratung, keine Rechtfertigung für Ehrenmorde und keinen Zwang zum Kopftuch oder zur Vollverschleierung gibt. Bei uns sind Frauen und Männer gleichberechtigt. Bei uns arbeiten Frauen selbstverständlich in Führungspositionen. Gerade wer das Grundrecht auf Asyl einfordert, muss die Grundrechte anderer Menschen respektieren.

Sympathiewerbung für terroristische Vereinigungen muss wieder unter Strafe gestellt werden.

Unsere wehrhafte Demokratie muss gegen jede Form von Extremismus, Gewalt und Terror entschieden vorgehen. Es kann nicht hingenommen werden, dass bei uns straflos für die menschenverachtenden Ziele des sogenannten Islamischen Staates oder anderer Terrororganisationen geworben werden darf. Rot-Grün hat dies 2002 mit einer Aufweichung des Strafgesetzbuches zugelassen. Wir wollen die Werbung für den Terror wieder unter Strafe stellen.

Die weltweite Christenfeindlichkeit ist für uns ein Alarmsignal.

Christen sind die am stärksten wegen ihrer Religion verfolgten Menschen weltweit. In vielen Ländern ist Christenfeindlichkeit an der Tagesordnung. Viele Flüchtlinge kommen aus einem Umfeld, wo das toleriert und befördert wird. Ihnen muss klar sein: Christophobie wird bei uns nicht geduldet!

Es darf keinen neuen Antisemitismus in Deutschland geben.

Wir sind froh über die aktiven jüdischen Gemeinden und Zentren jüdischen Lebens in Bayern. Wir garantieren den in Deutschland lebenden Juden Sicherheit. Wir lassen nicht zu, dass unser Zusammenleben durch antisemitische Hetze in Frage gestellt wird. Jeder, der in Deutschland leben will – gleich welcher Religion –, muss unsere historisch gewachsene Verantwortung für die jüdischen Mitbürger respektieren.

Wir lassen nicht zu, dass das Existenzrecht Israels in Frage gestellt wird.

Wer zu uns kommt, muss akzeptieren, dass in Deutschland das Existenzrecht Israels zur Staatsräson gehört. Viele der heutigen Flüchtlinge kommen aus Regionen und Staaten, in denen das Existenzrecht Israels geleugnet wird. Ihnen muss klar sein: Für israelfeindliche Hetze ist in Deutschland kein Platz. Auch das gehört zum Schutz jüdischen Lebens.

Wer die Werte der deutschen Leitkultur annimmt, gehört zu Deutschland, und wer diese Werte nicht annimmt, gehört nicht zu Deutschland.Integration**Bayern ist das Land der gelingenden Integration.**

Schon immer kommen Menschen in großer Zahl nach Bayern. Die Menschen kommen zu uns, weil es hier herausragende Lebensperspektiven gibt, weil sie hier eine Zukunft haben. In vielen Städten Bayerns sind die Anteile der Menschen mit Migrationshintergrund höher als beispielsweise im Land Berlin, die Probleme aber sind deutlich geringer. Bayern ist weltoffen, aber nicht multikulturell. In Bayern gelten Leitwerte, Integration hat bei uns eine Richtung. Deshalb gelingt bei uns Integration.

Der Einsatz der ehrenamtlichen Helfer verdient unseren größten Respekt.

Die Menschen in Bayern haben unermüdliche Hilfsbereitschaft gezeigt. Die Flüchtlingskrise ist ohne ehrenamtliches und freiwilliges Engagement nicht zu bewältigen. Das gilt nicht nur für die Aufnahme der Flüchtlinge, sondern auch in Zukunft für alles, was zur Integration gehört. Hier werden alle gebraucht, von den Hilfswerken und Sozialverbänden, vom Sportverein und den Feuerwehren bis zur Landjugend und den kirchlichen Gruppen. Zahlreiche Helferkreise, Studentenprojekte und Plattformen in den sozialen Netzwerken haben sich dafür erfolgreich gegründet. Dort wo sich Ehrenamtliche vielfach und beispielhaft engagieren, sind bürokratische Lasten fehl am Platze. Integration kann nicht nur staatlich organisiert, sondern muss auch praktisch gelebt werden. Ehrenamt verbindet; wer sich ehrenamtlich engagiert, legt ein starkes Bekenntnis zu unserem Land und seinen Menschen ab. Wir wollen, dass auch Zuwanderer die Chance annehmen und sich ehrenamtlich engagieren.

Wir stehen an der Seite unserer Kommunen.

Unsere Kommunalpolitiker haben nicht nur in Bayern, sondern in ganz Deutschland einen hervorragenden Ruf. Die Kommunen tragen die Hauptlast bei der Unterbringung,

Erstversorgung und Integration von Flüchtlingen. Sie leisten gerade in diesen Tagen großartige Arbeit. Wir lassen unsere Kommunen nicht im Regen stehen. Wir sind eines der wenigen Bundesländer, das die Kosten der Kommunen für die Aufnahme und Versorgung von Flüchtlingen spitz abgerechnet erstattet.

Bei uns gilt: Deutsche Sprache lernen - Lebensunterhalt selbst verdienen - sich an Recht und Gesetz halten - mit uns leben statt gegen uns.

Integration geschieht bei uns nach klaren Regeln. Unsere erfolgreiche Integrationspolitik beruht auf dem Grundsatz des Forderns und Förderns. Menschen, die bei uns bleiben wollen, müssen sich aktiv in unsere Gesellschaft einfügen. Wir begrüßen das bayerische Integrationskonzept „Zusammenhalt fördern, Integration stärken“. Es ist einmalig in Deutschland und legt die Grundlage dafür, dass Bayern auch in Zukunft das Land der gelingenden Integration ist. Die CSU steht dafür, die Integrationsverpflichtung der Zuwanderer klar auszusprechen und einzufordern.

Sprache ist der Schlüssel zur Integration.

Wer zu uns kommt und bei uns bleiben darf, soll vom ersten Tag an Deutsch lernen. Das Erlernen und der Gebrauch der deutschen Sprache sind Voraussetzung für eine gelingende Integration. Niemand kann sich in unsere Gesellschaft integrieren, wenn er sich nicht mit uns unterhalten kann und will. Für Ausländer, die ohne Sprachkenntnisse einreisen und eine Bleibeperspektive haben, wollen wir Sprachförderung in allen Lebenslagen anbieten. Sprachunterricht soll möglichst schon in der Erstaufnahme beginnen. Der Unterricht gehört auch zur Versorgung der Asylbewerber. Wer seine Mitwirkungspflichten nicht erfüllt und keine Integrationsleistungen erbringt, bei dem müssen alle rechtlichen Sanktionsmöglichkeiten ausgeschöpft werden.

Anstrengungen für Flüchtlinge dürfen nicht zulasten der einheimischen Bevölkerung gehen.

Wir haben eine doppelte Verantwortung: Gegenüber der Bevölkerung, die schon hier lebt, und jenen, die zu uns kommen und schutzbedürftig sind. Integration funktioniert nicht in einem Klima der Verteilungskonflikte. Leidtragende bei Fehlschlägen der Integration sind zuerst die kleinen Leute. Was Flüchtlingen zur Verfügung gestellt wird, muss auch der einheimischen Bevölkerung zur Verfügung stehen. Das gilt insbesondere für bezahlbaren Wohnraum. Bayern hat deshalb ein staatliches Wohnungsbauprogramm gestartet, von dem nicht nur Asylbewerber und Flüchtlinge profitieren. Außerdem setzen wir uns für die Wiedereinführung der degressiven Abschreibung ein, um den privaten Wohnungsbau anzukurbeln.

Unser Land muss sicher bleiben.

Durch den Flüchtlingsansturm kommen unsere Sicherheitsbehörden an die Belastungsgrenze. Wir müssen alles daran setzen, dass die Kriminalitätsbekämpfung und unser hohes Sicherheitsniveau gewährleistet bleiben. Bayern schafft deshalb bei Polizei, Justiz und Einsatzkräften mehrere tausend zusätzliche Stellen. Wir fordern andere Länder und den Bund auf, unserem Beispiel zu folgen.

Wer unsere Gastfreundschaft missachtet, muss mit Abschiebung rechnen.

Wir dulden keine kriminellen Übergriffe oder Straftaten durch Flüchtlinge. Für solche Fälle werden wir alle bestehenden Möglichkeiten zur Ausweisung und Abschiebung anwenden.

Wir treten Fremdenfeindlichkeit aufs Schärfste entgegen.

Anschläge auf Flüchtlingsheime oder Angriffe auf Migranten verurteilen wir entschieden. Für uns in Bayern gilt: Null Toleranz gegenüber Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit. Als wehrhafte Demokratie greifen wir mit allen Mitteln des Rechtsstaats dagegen durch. Rechtsextreme Vereine müssen verboten und das vom Freistaat Bayern initiierte NPD-Verbotsverfahren vorangetrieben werden, um ein klares Zeichen zu setzen.

Flüchtlinge mit Bleiberecht müssen schnellstmöglich Zugang zu Bildung, Ausbildung und Arbeit bekommen.

Je eher die Migranten mit hoher Bleibeperspektive selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen können, desto schneller werden sie Teil unserer Gesellschaft. In Zusammenarbeit von Wirtschaft und staatlichen Stellen müssen vorhandene Qualifikationen festgestellt, Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen und passende Arbeitsplätze vermittelt werden. In Bayern gehen wir voran und haben uns mit Wirtschaft, Handel und Handwerk zum Ziel gesetzt, bis Ende 2019 rund 60.000 dauerhaft Bleibeberechtigte am Arbeitsmarkt zu integrieren. Der Schlüssel zur Zukunft und für ein gutes Miteinander heißt: Integration und Teilhabe durch Ausbildung und Arbeit. Besonders die Minderjährigen wollen wir mit altersgerechten Bildungsangeboten an unsere Gesellschaft heranführen.

Es darf keine Zuwanderung in unsere Sozialsysteme geben.

Integration setzt Fairness und Gerechtigkeit auch gegenüber der Bevölkerung voraus, die schon hier lebt. Die Leistungen der sozialen Sicherungssysteme müssen sich daran messen. Wer schon lange bei uns ist und lange in unsere Sozialsysteme eingezahlt hat, muss am Ende besserstellen als derjenige, der gerade erst ins Land gekommen ist. Durch eine große

Kraftanstrengung der Integration muss eine Zuwanderung in unsere Sozialsysteme verhindert werden.

Wir treten für ein Bayerisches Integrationsgesetz mit klaren Anforderungen an die Migranten ein.

Integration ist eine Bringschuld. Wir wollen klar definieren, worin die Pflicht zur Integration besteht. Integration von Migranten in die deutsche Leitkultur heißt nicht, dass wir uns auf halbem Wege in der Mitte treffen. Wer in Deutschland leben will, muss sich nach unserer Leitkultur richten. Bei uns hat Integration eine Richtung. Wir erwarten von den Muslimen eine kritische Auseinandersetzung mit radikalen Islamisten in ihren Reihen.

Wir wollen Integrationsunterricht und Integrationsfernsehen für Migranten.

Den Migranten müssen die Werte unseres Grundgesetzes und die deutsche Leitkultur vermittelt werden. Neben verpflichtenden Sprachkursen muss Integrationsunterricht mit diesen Inhalten eingeführt werden. Öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten in Deutschland sollen ebenfalls ihrer Verantwortung gerecht werden, ihren Beitrag zur Integration zu leisten. Mit einem Integrationsfernsehen und entsprechenden mobilen Angeboten soll den Migranten die deutsche Leitkultur und die deutsche Sprache vermittelt werden.

Bayern muss Bayern bleiben.

Wir lieben Bayern und Deutschland. Unsere Gesellschaft hat sich immer weiterentwickelt. Wir haben keine Angst vor Veränderung, aber wir wollen kein anderes Land.